

Siegfried Sele im Interview
Inland / 3Verwirrung bei der Haltbarkeit
Inland / 7FL-Team: Burgmeier soll für Druck sorgen
Sport / 13**NEWSMIX****Spatenstich für das neue Verwaltungszentrum**

ST. GALLEN – Am Oberen Graben in der Stadt St. Gallen ist am Montag der offizielle Spatenstich für das neue Verwaltungszentrum des Kantons erfolgt. Bis Ende 2011 entstehen in zwei Neubauten und zwei sanierten Liegenschaften gut 300 Arbeitsplätze. Der offizielle Spatenstich stellt den Beginn der Abbrucharbeiten dar. Die Abbruch- und Tiefbauarbeiten dauern voraussichtlich bis Ende des laufenden Jahrs, wie Projektleiter Ferdinand Hohns sagte. 2010 soll der Rohbau hochgezogen werden, und Ende 2011 soll das Verwaltungszentrum laut Hohns seiner Bestimmung übergeben werden.

(sda)

Leica überschreitet erstmals die Milliarden-Grenze

HEERBRUGG – Erstmals in ihrer Geschichte hat die Firma Leica Microsystems im Jahr 2008 weltweit einen Jahresumsatz von über einer Milliarde US Dollar. Dies meldete jetzt das internationale Unternehmen für Hightech-Mikroskopie mit Sitz in Wetzlar. Leica, deren Schweizer Zentrale in Heerbrugg sitzt, bietet eines der umfassendsten Produktportfolios für Mikroskopie und Histopathologie. Dazu kommen Verbrauchsmaterialien für den Gebrauch mit Leica Geräten.

(pd)

INHALT

Inland	2-7	Kultur	21
Ausland	8	Kino/Wetter	22
Wirtschaft	9-12	TV	23
Sport	13-17	International	24

www.volksblatt.li



Fr. 1.80

Tel. +423/237 51 51

132. JAHRGANG, NR. 72

Verbund Südostschweiz

WEB-TV HEUTE**Magische Momente**

Täglich Filmbeiträge zu aktuellen Themen in Liechtenstein auf:

www.volksblatt.li

«Gegen radikale Änderungen»

Politologe Wilfried Marxer sieht wenig Überraschungen in den Abstimmungsergebnissen

VADUZ – Nach dem überraschenden Ergebnis der Landtagswahlen haben die Stimmbürger am Wochenende erneut für Gesprächsstoff gesorgt. Ganz so überraschend ist das Ergebnis aber gar nicht.

• Holger Franke

Liechtenstein hat seine Meinung geäußert. «Ja» zur Lockerung des absoluten Rauchverbotes und «Nein» zu SPES I. «Vielleicht war das auch ein Votum gegen allzu radikale Veränderungen», mutmasst der Politologe Wilfried Marxer am Tag nach der Abstimmung. Für viele ist die Ablehnung von SPES I zwar überraschend, nicht aber für den Politologen. Laut Wahlnachbefragung hatte sich zwar ein Vorsprung für die Befürworter abgezeichnet, allerdings gaben seinerzeit 15 Prozent der Stimmbürger

an, noch unentschieden zu sein: «Man konnte ahnen, dass es knapp wird – aber auch eine Annahme von SPES I wäre daher nicht überraschend gewesen», so Marxer.

Nun liegt der Ball wieder bei der Politik

Über die Gründe kann der Politologe nur spekulieren, vielleicht sei die ganze Vorlage etwas überfrachtet gewesen und habe hier und da Ansatzpunkte für Kritik geliefert, meint Marxer: «Um mit «Nein» zu stimmen, braucht es relativ wenig, es braucht nur ein oder zwei Punkte, die einem nicht passen, und dann sagt man, es sei nicht ausgereift, um den Ball wieder zur Politik zurückzuspielen.» Daneben gebe es aber auch immer einen Anteil von Stimmbürgern, die negativ gegenüber Veränderungen eingestellt sind und meinen, «dass man nicht immer alles ändern muss.»

Die Analyse zum Abstimmungsverhalten bei der Lockerung des Rauchverbotes fällt da schon schwerer. Im Vergleich zu Abstimmungen in anderen europäischen Ländern ist das liechtensteinische Votum eine ziemliche Überraschung. Nicht aber, wenn man die Stimmung im Land kennt. Je näher der Abstimmungstermin rückte, desto häufiger war von Überreglementierung und zu massivem Eingriff des Staates in die Privatsphäre der Bürger die Rede. Der eigentliche Grund für das Gesetz, der Gesundheitsschutz, geriet fast völlig in den Hintergrund. «In Bayern gab es ähnliche Diskussionen, dagegen funktioniert das Rauchverbot in Irland und Italien – wo man es vielleicht so auch nicht erwartet hätte – recht gut», erklärt Marxer. Interessant ist aber, dass offensichtlich auch viele Nichtraucher für die Lockerung gestimmt haben, mögli-

cherweise ging es ihnen um die Pflege der gesellschaftlichen Kultur: «Wenn man zu viert an einem Tisch sitzt und alle 20 Minuten stehen zwei auf, um rauchen zu gehen, kam vielleicht auch bei den Nichtrauchern keine Freude auf.»

Wenig Einfluss der Parteien

Wenig Einfluss habe aber bei beiden Abstimmungen die Parteizugehörigkeit gehabt, ist sich der Politologe sicher. «Die Stimmbürger trennen relativ klar zwischen Wahlen und Abstimmungen und fühlen sich hier relativ frei von den Empfehlungen der eigenen Partei.» Ganz unpolitisch dürfte es dann aber zumindest beim Rauchverbot doch nicht zugegangen sein: «Wahrscheinlich hätte das Referendum eine grössere Chance gehabt, wenn es nicht von einer nicht an der Mitte orientierten kleinen Partei gekommen wäre», so Wilfried Marxer.



Stiftungsrecht Kultusministerin Aurelia Frick präsentiert gemeinsam mit Autor Dominique Jakob dessen Buch zum Liechtensteiner Stiftungsrecht. Seite 9

Hilti: Kurzarbeit in Thüringen

Werk in Vorarlberg ist kaum noch ausgelastet

THÜRINGEN – Wegen der Unterauslastung in den Produktionsstätten, die in erster Linie auf den starken Auftragsrückgang im Ausland zurückzuführen ist, führt Hilti auch im Thüringer Werk zum 1. April Kurzarbeit ein.

Die Kurzarbeit im Werk in Thüringen ist zunächst für drei Monate vorgesehen. Die Arbeitszeit wird für rund 360 Beschäftigte um bis zu 40 Prozent reduziert. Allerdings ist die Unterauslastung in den einzelnen Produktionsbereichen derzeit unterschiedlich. Entsprechend wird die Arbeitszeitverkürzung im Werk

flexibel gehandhabt und die Arbeitspläne an der aktuellen Auftragslage ausgerichtet. Dabei steht im Vordergrund, die Qualität und Lieferbereitschaft für die Hilti Produkte zu sichern und wichtige strategische Projekte weiter aufrecht zu halten.

Unterauslastung überbrücken

Hartwig Eugster, Geschäftsführer des Thüringer Werks, erklärt: «Mit der Einführung der Kurzarbeit können wir die Unterauslastung in unserer Produktionsstätte überbrücken, ohne dabei Arbeitsplätze zu gefährden. Wir haben die Redukti-

on der Arbeitszeit zusammen mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut vorbereitet.»

Die Einführung von Kurzarbeit hat keinen Einfluss auf die bereits in Angriff genommene Erweiterung des Produktionsstandorts, die planmässig verläuft. «Der Ausbau des Werks ist eine langfristige strategische Massnahme. Trotz der momentan angespannten Situation ist es wichtig, die künftige Entwicklung unseres Unternehmens im Blick zu behalten und dabei sowohl kosten- als auch wachstumsorientiert zu denken», verdeutlicht Hartwig Eugster. (pd)

VN streichen Stellen

SCHWARZACH – Die «Vorarlberger Nachrichten» («VN») haben per Ende März vier Mitarbeiterinnen aus dem Bereich Redaktion/Technische Redaktion gekündigt. «VN»-Chefredakteur Christian Ortner begründete den Personalabbau gegenüber der APA mit veränderten Strukturen im Arbeitsablauf. «Auch bei uns besteht die Notwendigkeit, Kosten zu hinterfragen», sagte Ortner. Natürlich spürten die «VN» die Wirtschaftskrise, dennoch habe man «ein sehr solides erstes Quartal» verzeichnet. (apa)



Harte Zeiten für US-Autobauer
Wirtschaft / 11

US-Krise
zieht ihre Kreise:
Börsen gehen
auf
Talfahrt
Wirtschaft / 12



Die Vorteile des Mobilitätsmanagements
Wirtschaft / 12

NEWSMIX

Kein Stellenabbau bei Presta

ESCHEN – Ende vergangener Woche hatte ThyssenKrupp-Konzernchef Ekkehard Schulz in Düsseldorf angekündigt, dass die bisherigen fünf Segmente des Unternehmens (Steel, Stainless, Technologies, Elevator und Services) in zwei neue Divisionen (Materials und Technologies) zusammengeführt werden. Durch die Abschlankung in der Organisation des Konzerns sollen in der Verwaltung mehrere Hundert Arbeitsplätze eingespart werden, betriebsbedingte Kündigungen wurden von der Konzernleitung jedoch ausgeschlossen. Generell optimistisch wollte sich Konzernchef Schulz am Freitag allerdings nicht geben: «Angesichts der beispiellosen Dimension der derzeitigen Krise kann es keine Garantie für Stellen und Standorte geben.» Auf Nachfrage des «Volksblatts», ob es bei der ThyssenKrupp Presta AG in Eschen, die zur Sparte Technologies des Konzerns gehört, eventuell zu einem Stellenabbau kommen könnte, wollte die Konzernleitung gestern offiziell keine Auskunft geben. Inoffiziell wird bei der ThyssenKrupp Presta derzeit noch Entwarnung gegeben, ein Stellenabbau sei nicht geplant, heisst es. Man setzt am Standort Eschen weiterhin auf Kurzarbeit, um die Krise zu überbrücken. Seit Dezember sind 800 der 1200 Mitarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt, weitere 100 Mitarbeiter sind zur Kurzarbeit angemeldet. Bewilligt wurde die Arbeitsreduktion von den Behörden vorläufig bis Ende Juni. Allerdings steht jetzt schon fest, dass die Massnahme auch danach bis auf weiteres fortgesetzt wird. Immerhin rechnet die ThyssenKrupp Presta AG bis Ende 2009 mit einer gesamten Umsatzeinbuße von 30 Prozent, nachdem die Umsätze in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bereits um 40 Prozent eingebrochen waren. (jm)

PSA schickt Chef in die Wüste



PARIS – Der schwer angeschlagene französische Autobauer PSA Peugeot-Citroën hat seinen Chef Christian Streiff (Foto) vor die Tür gesetzt. Die Entscheidung vom Sonntagabend droht das Unternehmen inmitten der Krise zunächst weiter zu destabilisieren. Die Börse reagierte am Montag mit einem Kursverlust von zwischenzeitlich fast acht Prozent. Allerdings kam die Entlassung nicht überraschend: Nach einem Schlaganfall gesundheitlich angeschlagen, wegen seines selbstherrlichen Führungsstils kritisiert und bei Staatspräsident Nicolas Sarkozy in Ungnade gefallen, fehlten Streiff zunehmend Kraft und Macht, den Konzern wieder auf Vordermann zu bringen. «Der Aufsichtsrat hat einstimmig beschlossen, dass die aussergewöhnlichen Schwierigkeiten für die Autobranche einen Austausch des Vorstandsvorsitzenden erfordern», teilte das Unternehmen mit. Zum Nachfolger Streiffs wurde Philippe Varin nominiert, der am 1. Juni seinen Job antreten soll. (ap)



Harry Quaderer (3. von rechts) hat für Liechtenstein die Präsidentschaft des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses übernommen.

Liechtenstein an der Spitze

Quaderer übernimmt die Präsidentschaft des Joint Parliamentary Committee (JPC)

STRASSBURG – Harry Quaderer ist der neue Präsident des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses. Dieser war am 25. und 26. März in Strassburg zusammengetreten.

Der Gemeinsame Parlamentarische EWR-Ausschuss (JPC) setzt sich neben den Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR-EFTA-Staaten auch aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen und trifft sich zweimal jährlich. Das Ziel des Ausschusses ist das bessere Verständnis zwischen der EU und den EFTA-Staaten.

Liechtenstein war in Strassburg durch den Landtagsabgeordneten Harry Quaderer als Delegationsleiter sowie Sandra Gerber-Leuenberger (Delegationssekretärin) vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR-EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die Parlamentarier aus der Schweiz waren als Beobachter anwesend.

Quaderer gewählt

Zu Beginn der Sitzung wurde Quaderer zum neuen Präsidenten gewählt. Im Anschluss an die Wahl

folgte ein hochkarätiges Forum zum Thema Sicherheit der Energieversorgung in Europa und die Auswirkungen auf den Geldmarkt. Als Berichterstatter fungierte Paul Rübiger, Österreich (Mitglied des EU Parlaments). Danach sprachen Benita Ferrero-Waldner (EU-Kommissarin für Aussenbeziehungen), Andris Piebalgs (EU-Kommissar für Energie), Ole Morten Gerving (Staatssekretär, Finanzministerium Norwegen) und Geir Westgaard (Vizepräsident von StatoilHydro, Vorsitz EU-Angelegenheiten). Es folgten Berichte und Diskussionen

zur Entwicklung des EWR-Abkommens sowie zum Handel mit Robben-Produkten. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise wurde anhand eines Berichts zum Fall Island dargelegt und diskutiert. Harry Quaderer nutzte diese Gelegenheit, um den versammelten Mitgliedern die von der liechtensteinischen Regierung gemachten Bemühungen zu der von der OECD geforderten Steuertransparenz und am 12. März publizierten Liechtenstein Erklärung zu erläutern. Das nächste JPC Meeting findet voraussichtlich im Herbst statt. (Its)

Klarheit beim Stiftungsrecht

Umfassendes Handbuch zum neuen liechtensteinischen Stiftungsrecht vorgestellt

BENDERN – Ein richtungweisendes Handbuch wurde gestern, einen Tag vor dem Inkrafttreten des neuen Stiftungsrechts, im Liechtensteininstitut in BERN vorgestellt. Autor ist der Rechtswissenschaftler Dominique Jakob.

• Reinhard Peter

Punktgenau mit dem morgigen Inkrafttreten des neuen liechtensteinischen Stiftungsrechts nach dessen Totalrevision vom 26. Juni 2008 legte der Liechtensteinverlag unter Präsident Prinz Hubertus von Liechtenstein ein Handbuch zur Materie vor, die alle Anforderungen an ein solches Werk zu erfüllen scheint. Mit dem deutschen Rechtsgelehrten und Inhaber des Lehrstuhls für Privatrecht an der Universität Zürich, Dominique Jakob, hatte sich wohl einer der tiefsten Kenner in stiftungsrechtlichen Fragen an die Materie herangewagt. Jakob, der seit einem Jahr auch das von ihm in Zürich gegründete «Zentrum für Stiftungsrecht» leitet und Verfasser zahlreicher Publikationen zu nationalem, rechtsvergleichendem und

internationalem Stiftungsrecht ist, gibt in seinem Buch «Die Liechtensteinische Stiftung» einen umfassenden Überblick über das nach der Reform geltende Recht. Es versucht, mittels eines strukturellen Aufbaus sowohl den Einsteiger systematisch an die Materie heranzuführen als auch ein Handbuch für den erfahrenen Praktiker zu sein. Jakob hat mit dem notwendigen Tiefgang Fragestellungen und Probleme erläutert, mit denen Rechtsanwender, Behörden und Gerichte aus nationaler und internationaler Sicht befasst sein werden.

Mentor Marxer

«Es ist für mich ein schöner Moment, wenn ein grosses Projekt zu Ende geht», sagte Jakob und wagte gleich einen Ausblick auf die Zukunft: «Es muss Liechtenstein gelingen, sich neben rechtlichen und wirtschaftlichen Standortvorteilen auch auf die Kernkompetenz des Finanzplatzes zu besinnen und eine gesamthafte Beratung anzubieten.» Er wolle in seinem Buch auch einen Beitrag dazu leisten, Gestaltungsmöglichkeiten in privatrechtlicher



Autor Dominique Jakob und Peter Marxer.

und steuerrechtlicher Hinsicht international zu optimieren. Das Buch erscheint als Band 4 der von Marxer & Partner Rechtsanwälte herausgegebenen «Schriftenreihe zum liechtensteinischen Gesellschafts-, Steuer- und Bankrecht».

In seiner Dankesansprache an den Autor betonte Peter Marxer die Wichtigkeit von Kontinuität und Rechtssicherheit im neuen Stiftungsrecht. «In dieser Hinsicht ist auch die Reform des Stiftungs-

rechtes zu begrüssen. «Verkaufen Sie kein Standardprodukt an ihre Kunden, sondern nutzen sie ihr individuelles Know-How, damit haben Sie sich von den Mitbewerbern ab», gab Dominique Jakob dann auch einen abschliessenden Rat an die anwesenden Juristen, Treuhänder und Regierungschef Klaus Tschütscher, der selbst mit dem Autor am Zustandekommen des neuen Stiftungsrechtes zusammengearbeitet hatte.